

**Bezug-Preis**  
In der Hauptpoststelle oder den im Stadtgebiet und des Bezirkes eröffneten Ausgabestellen abzahlt; vierfachjährl. A 4.50,— zweimäthiger täglicher Zustellung ins Ausland A 5.50.— Durch die Post bezogen für Deutschland u. Österreich: vierfachjährl. A 6.— Man absonderner Weise mit entsprechenden Postaufschlag bei den Postanstalten in der Schweiz, Italien, Belgien, Holland, Dagestan, Finnland, Schweden und Norwegen, Russland, den Vereinigten Staaten, der Europäischen Union, Griechen. Für alle anderen Staaten ist der Bezug nur unter Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich.

**Nedaktion und Expedition:**

Schlesische 8.

Geschäftsräume 150 und 222.

**Abonnementen:**

Alfred Hahn, Buchhandlung, Universitätsstr. 3,  
2. Stock, Schillerplatz 14, u. Königstr. 7.

**Haupt-Affilie in Berlin:**

Reichsgerichtsstraße 116.

Gremperer Kmt VI Nr. 8393.

**Abend-Ausgabe.**

# Leipziger Tageblatt

und  
**Anzeiger.**

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig,  
des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

**Nr. 78.**

Mittwoch den 12. Februar 1902.

**96. Jahrgang.**

**Der Krieg in Südafrika.**

**Die Boerenführer**

und die holländische Vermittelungskommission.

Die "Correspondenz Nederland" schreibt: "Wir sind von den zuständigen Stellen offiziell zu der Erklärung ermächtigt, die von englischen Telegraphen-Agenturen über die ganze Welt verbreiteten Mittheilungen:

1) Innehalt der Boerendelegation geht es zwei Parteien: eine verfeindliche, der die Glieder der Sondergelandesherrschaft Afrika, Westfels und Wolmarans angehören, und eine unverfeindliche mit Krüger und Leids an der Spitze. Die Ersteren seien unbedingt mit dem Inhalt der holländischen Note einverstanden gewesen; erst nach Abweisung des holländischen Vorschlags von Seiten Englands seien natürlich die früher verfeindlich geführten Boerendelegationen gezwungen gewesen, sich mit den unverfeindlichen Ge- nossen solidarisch zu erklären;

2) bei der letzten Utrecht-Konferenz habe große Uneinigkeit geherrscht. Krüger und Leids widerstießen sich dem Vorschlag, dass die Boerenführer in Holland um die Freigabe des telegraphischen Verkehrs mit dem Südkontinent in Südafrika erlauben sollten;

3) zwischen den Boerenführern und dem niedersächsischen Ministerpräsidenten sei ein Conflict ausgebrochen;

4) die Mitglieder der Sondergelandesherrschaft würden auf eigene Faust um freies Geleit nach Afrika nachsuchen,

und alle ähnlich lautenden Auslagerungen als boshaft und böswillige Lügen zu erklären.

Die Boerendelegationen in ihrer Gesamtheit neben dem holländischen Entwicklungsvorschlag vollständig fern und haben von dem Anhänger der bezüglichen Note nichts gewusst, als bis sie veröffentlicht war. In der Stellungnahme der Sondergelandesherrschaft zu der Antwort Englands auf die holländische Note hat zwischen Krüger und Leids einstimmig und der Sondergelandesherrschaft: Afrika, Westfels, Wolmarans, nur auch nur den kleinen Anteil und Leids mehr, wie jederzeit und in Allem, die reine Harmonie und unbedingte Solidarität geherrscht.

Alle entgegengesetzten Mittheilungen verfolgen nur den Zweck, zwischen den Boerenführern Unfrieden zu stiften, namentlich die Boerenführer in Europa und jene in Afrika gegen einander auszupielen. Die Repräsentanten der Boeren in Europa haben jedoch Schritte unternommen, ihre kämpfenden Bandenleute vor den hinterhältigen Lügenberichten zu warnen.

**Simple Thatsachen.**

Chamberlain übte in seiner Rede auf dem Hause der Gemeinschaft am Montag, 21. Januar 1902, aus: „Für alle Fälle will ich Ihnen Deprise, damit Bloemfontein, 6. Mai 1901: Thatsachen leisten. Erstens: Die ganze Absicht des Oberkommandos darauf gerichtet, die in den entlegenen Distrikten wohndende Leute von

leben, das sie entstanden sind, dort zu entfernen, da sie, wenn sie dageblieben, freiwillig oder unfreiwillig die Armen niederzubringen und zu verwüsten, um deren Konzentration in den Lagern war also unzweckmäßig, ein wesentlicher Vorteil seines Operationsplanes gegen die noch lärmenden Dienjers, die noch in Südafrika (Bandbuch Ed. 903, 29. Jan. 1902) —

dort zu entfernen, da sie, wenn sie dageblieben, freiwillig oder unfreiwillig die Armen niederzubringen und zu verwüsten, um deren Konzentration in den Lagern war also unzweckmäßig, ein wesentlicher Vorteil seines Operationsplanes gegen die noch lärmenden Dienjers, die noch in Südafrika (Bandbuch Ed. 903, 29. Jan. 1902) —

die zum Zuhören verurteilten Minister nicht den mindesten Wert. Bei fast leeren Bänken wurden gern die Unterhaltungen der letzten Tage, die an das Gehalt des Staatssekretärs des Reichs-Rates am Anfang, während einer fünfminütigen Sitzung fortgesetzt, ohne auch nur eine neue Erörterung zu zeigen, und ebendas beschloss man ihre Verzettelung. Was die Zeitfrage anlangt, die wieder im Vorbergrunde stand, so gab gern den Bedenken, die gegen ein so radikal verfeindliches Vorgehen sprechen, der Abg. Oertel ausdrückt, dem der Abg. Dössbach vom Standpunkt des Centralantrags entgegensteht. Von anderen Rednern, u. a. vom Abg. Spahn, wurde gegen das Reichsamt eine Vorwurf zu langsam gehandelt. Tempos getreht, worauf der Staatssekretär wiederum die sich beschwerten Herren auf ihre eigenen langwierigen Bemühungen, die gewünschten Reformen aus der Initiative des Reichstags anzubringen, verneint, aus denen sie die Schwierigkeiten der Aufgabe wohl entnehmen könnten. Der vorigerichtige Angriff des Abg. Sandberger gegen die angeblich gelöste Spannung nahm den Abg. Herzfeld wieder auf. Mit der Bezeichnung auf ein Urteil eines Richters einen Gesichts hatte er indessen ebenfalls Erfolg, wie sein Verteidiger bestätigt. Denn der ländliche Regierungskommissar war in der Lage, eine Darstellung der tatsächlichen Vorfälle zu geben, die das Urteil als durchaus gerechtfertigt erscheinen ließ.

\*

Über die letzte Generalversammlung des Bundes der Kommandos hat, wie sich jetzt herausstellt, die "Deutsche Tageszeitung" in ganz eigenwilliger Weise berichtet. Während sie nahezu alle Reden, nicht nur der Verteidigten und des Bundesrates, sondern auch zweifelhafter "Anhänger" nach genauerlicher Aufzählung mitteilte, mußte sich Graf Limburg-Stirum mit einem zusammenfassenden Bericht in indirekter Rede begnügen, der im Geiste der Einheit erwidern mußte, der conservativen Führer hätte leichtlich seinen Gabberten der Reden stehn und sie starrer festhalten an ihren von Reichskanzler als unannehmbar bezeichneten Verhandlungen wollen. Dass Sinn und Trost der Rede aber ein ganz anderes war, geht aus ihrem Wortlaute hervor, der der "Kreuzzeit." Anlass zu folgender Ausführung gibt:

"Die Ansprache, die Graf Limburg-Stirum in der Generalversammlung des Bundes der Kommandos gehalten hat, zeigt mit vollem Gewicht, daß die Conservativen auf die Erzielung einer Verständigung mit den verhinderten Regierungen über den Balkan kein Werk laufen. Bedenkt man vor allem die Beurteilung, die der Redner der Thätigkeit des jüngsten Reichsministers in Thiel neuerlich ließ. Die Lage, so lädt er aus, ist jetzt gläubiger als vor 10 Jahren. Damals sei man bereit gewesen, die Handelsfreiheit zu Gunsten der Industrie aufzugeben. Jetzt sei das anders geworden, der jüngste Reichsminister möge mehr den Tendenzen Bismarcks, er habe die Handelsfreiheit für das Rückgrat des Staates erachtet und sei bereit, sie ebenfalls zu erhalten. 'Wie können Ihnen ein besseres Reichsminister haben, und wenn er ginge, würde er sicher nicht durch einen der Kommandos freundlicher gesehen werden.' Nicht minder bedauert war über die Schärzung des Grafen Limburg-Stirums, daß es unter keinen Umständen ein Glück sei, wenn die Sollnterscharte im Reichstag abgelehnt werden würde. Der Redner hoffte zwar unsere Rücksicht, daß, wenn der Handelsmarkt in welcher Weise verhandelt werden soll, die Mindestsätze für Getreide über die in der Vorlage vorgesehenen Höhe hinaus erhöht werden müsse und daß ohne eine derartige Erhöhung die Grundlage einer Verständigung mit den verhinderten Regierungen nicht werden gefunden werden kann. Außerdem aber erklärte er die Schwierigkeiten, die dem Grafen Bölow in der Beurteilung der Sollnterscharte standen. Im Hinblick hierauf stand man wohl festen, daß die Rebe des Grafen Limburg-Stirum eine ungemein ertragbare Tätigkeit des Reichsministers bei dem Festmahl des deutschen Handelskongresses bildete. Nur ihr mag man entnehmen, daß die Conservativen nicht den Grundsatz billigen, 'Alles oder nichts', daß sie die Notwendigkeit einer Verständigung zunächst mit den in politisch engen Gruppen und dann auch mit den verbündeten Regierungen auszuholen wissen, daß sie doch auch die Wirkung des Maßbaltes bezahlt habe, daß sie aber andererseits auch von den verhinderten Regierungen ein wohlbefolgendes Entgegnkommen erwarten, jenseit da sie das Bündnis, etwas zu tun zu bringen, auch bei diesen verhindern müssen. Offenbar werden die bekräftigungsreichen Worte des Abg. Grafen Limburg-Stirum auf die Meinung der Sollnterscharte einflussen, denn der Einfluß seiner Verteidiger war in der Lage, eine Darstellung der tatsächlichen Vorfälle zu geben, die das Urteil als durchaus gerechtfertigt erscheinen ließ."

Über die letzte Generalversammlung des Bundes der Kommandos hat, wie sich jetzt herausstellt, die "Deutsche Tageszeitung" in ganz eigenwilliger Weise berichtet. Während sie nahezu alle Reden, nicht nur der Verteidigten und des Bundesrates, sondern auch zweifelhafter "Anhänger" nach genauerlicher Aufzählung mitteilte, mußte sich Graf Limburg-Stirum mit einem zusammenfassenden Bericht in indirekter Rede begnügen, der im Geiste der Einheit erwidern mußte, der conservativen Führer hätte leichtlich seinen Gabberten der Reden stehn und sie starrer festhalten an ihren von Reichskanzler als unannehmbar bezeichneten Verhandlungen wollen. Dass Sinn und Trost der Rede aber ein ganz anderes war, geht aus ihrem Wortlaute hervor, der der "Kreuzzeit." Anlass zu folgender Ausführung gibt:

"Die Ansprache, die Graf Limburg-Stirum in der Generalversammlung des Bundes der Kommandos gehalten hat, zeigt mit vollem Gewicht, daß die Conservativen auf die Erzielung einer Verständigung mit den verhinderten Regierungen über den Balkan kein Werk laufen. Bedenkt man vor allem die Beurteilung, die der Redner der Thätigkeit des jüngsten Reichsministers in Thiel neuerlich ließ. Die Lage, so lädt er aus, ist jetzt gläubiger als vor 10 Jahren. Damals sei man bereit gewesen, die Handelsfreiheit zu Gunsten der Industrie aufzugeben. Jetzt sei das anders geworden, der jüngste Reichsminister möge mehr den Tendenzen Bismarcks, er habe die Handelsfreiheit für das Rückgrat des Staates erachtet und sei bereit, sie ebenfalls zu erhalten. 'Wie können Ihnen ein besseres Reichsminister haben, und wenn er ginge, würde er sicher nicht durch einen der Kommandos freundlicher gesehen werden.' Nicht minder bedauert war über die Schärzung des Grafen Limburg-Stirums, daß es unter keinen Umständen ein Glück sei, wenn die Sollnterscharte im Reichstag abgelehnt werden würde. Der Redner hoffte zwar unsere Rücksicht, daß, wenn der Handelsmarkt in welcher Weise verhandelt werden soll, die Mindestsätze für Getreide über die in der Vorlage vorgesehenen Höhe hinaus erhöht werden müsse und daß ohne eine derartige Erhöhung die Grundlage einer Verständigung mit den verhinderten Regierungen nicht werden gefunden werden kann. Außerdem aber erklärte er die Schwierigkeiten, die dem Grafen Bölow in der Beurteilung der Sollnterscharte standen. Im Hinblick hierauf stand man wohl festen, daß die Conservativen nicht den Grundsatz billigen, 'Alles oder nichts', daß sie die Notwendigkeit einer Verständigung zunächst mit den in politisch engen Gruppen und dann auch mit den verbündeten Regierungen auszuholen wissen, daß sie doch auch die Wirkung des Maßbaltes bezahlt habe, daß sie aber andererseits auch von den verhinderten Regierungen ein wohlbefolgendes Entgegnkommen erwarten, jenseit da sie das Bündnis, etwas zu tun zu bringen, auch bei diesen verhindern müssen. Offenbar werden die bekräftigungsreichen Worte des Abg. Grafen Limburg-Stirum auf die Meinung der Sollnterscharte einflussen, denn der Einfluß seiner Verteidiger war in der Lage, eine Darstellung der tatsächlichen Vorfälle zu geben, die das Urteil als durchaus gerechtfertigt erscheinen ließ."

\*

Über die letzte Generalversammlung des Bundes der Kommandos hat, wie sich jetzt herausstellt, die "Deutsche Tageszeitung" in ganz eigenwilliger Weise berichtet. Während sie nahezu alle Reden, nicht nur der Verteidigten und des Bundesrates, sondern auch zweifelhafter "Anhänger" nach genauerlicher Aufzählung mitteilte, mußte sich Graf Limburg-Stirum mit einem zusammenfassenden Bericht in indirekter Rede begnügen, der im Geiste der Einheit erwidern mußte, der conservativen Führer hätte leichtlich seinen Gabberten der Reden stehn und sie starrer festhalten an ihren von Reichskanzler als unannehmbar bezeichneten Verhandlungen wollen. Dass Sinn und Trost der Rede aber ein ganz anderes war, geht aus ihrem Wortlauten hervor, der der "Kreuzzeit." Anlass zu folgender Ausführung gibt:

"Die Ansprache, die Graf Limburg-Stirum in der Generalversammlung des Bundes der Kommandos gehalten hat, zeigt mit vollem Gewicht, daß die Conservativen auf die Erzielung einer Verständigung mit den verhinderten Regierungen über den Balkan kein Werk laufen. Bedenkt man vor allem die Beurteilung, die der Redner der Thätigkeit des jüngsten Reichsministers in Thiel neuerlich ließ. Die Lage, so lädt er aus, ist jetzt gläubiger als vor 10 Jahren. Damals sei man bereit gewesen, die Handelsfreiheit zu Gunsten der Industrie aufzugeben. Jetzt sei das anders geworden, der jüngste Reichsminister möge mehr den Tendenzen Bismarcks, er habe die Handelsfreiheit für das Rückgrat des Staates erachtet und sei bereit, sie ebenfalls zu erhalten. 'Wie können Ihnen ein besseres Reichsminister haben, und wenn er ginge, würde er sicher nicht durch einen der Kommandos freundlicher gesehen werden.' Nicht minder bedauert war über die Schärzung des Grafen Limburg-Stirums, daß es unter keinen Umständen ein Glück sei, wenn die Sollnterscharte im Reichstag abgelehnt werden würde. Der Redner hoffte zwar unsere Rücksicht, daß, wenn der Handelsmarkt in welcher Weise verhandelt werden soll, die Mindestsätze für Getreide über die in der Vorlage vorgesehenen Höhe hinaus erhöht werden müsse und daß ohne eine derartige Erhöhung die Grundlage einer Verständigung mit den verhinderten Regierungen nicht werden gefunden werden kann. Außerdem aber erklärte er die Schwierigkeiten, die dem Grafen Bölow in der Beurteilung der Sollnterscharte standen. Im Hinblick hierauf stand man wohl festen, daß die Conservativen nicht den Grundsatz billigen, 'Alles oder nichts', daß sie die Notwendigkeit einer Verständigung zunächst mit den in politisch engen Gruppen und dann auch mit den verbündeten Regierungen auszuholen wissen, daß sie doch auch die Wirkung des Maßbaltes bezahlt habe, daß sie aber andererseits auch von den verhinderten Regierungen ein wohlbefolgendes Entgegnkommen erwarten, jenseit da sie das Bündnis, etwas zu tun zu bringen, auch bei diesen verhindern müssen. Offenbar werden die bekräftigungsreichen Worte des Abg. Grafen Limburg-Stirum auf die Meinung der Sollnterscharte einflussen, denn der Einfluß seiner Verteidiger war in der Lage, eine Darstellung der tatsächlichen Vorfälle zu geben, die das Urteil als durchaus gerechtfertigt erscheinen ließ."

\*

Über die letzte Generalversammlung des Bundes der Kommandos hat, wie sich jetzt herausstellt, die "Deutsche Tageszeitung" in ganz eigenwilliger Weise berichtet. Während sie nahezu alle Reden, nicht nur der Verteidigten und des Bundesrates, sondern auch zweifelhafter "Anhänger" nach genauerlicher Aufzählung mitteilte, mußte sich Graf Limburg-Stirum mit einem zusammenfassenden Bericht in indirekter Rede begnügen, der im Geiste der Einheit erwidern mußte, der conservativen Führer hätte leichtlich seinen Gabberten der Reden stehn und sie starrer festhalten an ihren von Reichskanzler als unannehmbar bezeichneten Verhandlungen wollen. Dass Sinn und Trost der Rede aber ein ganz anderes war, geht aus ihrem Wortlauten hervor, der der "Kreuzzeit." Anlass zu folgender Ausführung gibt:

"Die Ansprache, die Graf Limburg-Stirum in der Generalversammlung des Bundes der Kommandos gehalten hat, zeigt mit vollem Gewicht, daß die Conservativen auf die Erzielung einer Verständigung mit den verhinderten Regierungen über den Balkan kein Werk laufen. Bedenkt man vor allem die Beurteilung, die der Redner der Thätigkeit des jüngsten Reichsministers in Thiel neuerlich ließ. Die Lage, so lädt er aus, ist jetzt gläubiger als vor 10 Jahren. Damals sei man bereit gewesen, die Handelsfreiheit zu Gunsten der Industrie aufzugeben. Jetzt sei das anders geworden, der jüngste Reichsminister möge mehr den Tendenzen Bismarcks, er habe die Handelsfreiheit für das Rückgrat des Staates erachtet und sei bereit, sie ebenfalls zu erhalten. 'Wie können Ihnen ein besseres Reichsminister haben, und wenn er ginge, würde er sicher nicht durch einen der Kommandos freundlicher gesehen werden.' Nicht minder bedauert war über die Schärzung des Grafen Limburg-Stirums, daß es unter keinen Umständen ein Glück sei, wenn die Sollnterscharte im Reichstag abgelehnt werden würde. Der Redner hoffte zwar unsere Rücksicht, daß, wenn der Handelsmarkt in welcher Weise verhandelt werden soll, die Mindestsätze für Getreide über die in der Vorlage vorgesehenen Höhe hinaus erhöht werden müsse und daß ohne eine derartige Erhöhung die Grundlage einer Verständigung mit den verhinderten Regierungen nicht werden gefunden werden kann. Außerdem aber erklärte er die Schwierigkeiten, die dem Grafen Bölow in der Beurteilung der Sollnterscharte standen. Im Hinblick hierauf stand man wohl festen, daß die Conservativen nicht den Grundsatz billigen, 'Alles oder nichts', daß sie die Notwendigkeit einer Verständigung zunächst mit den in politisch engen Gruppen und dann auch mit den verbündeten Regierungen auszuholen wissen, daß sie doch auch die Wirkung des Maßbaltes bezahlt habe, daß sie aber andererseits auch von den verhinderten Regierungen ein wohlbefolgendes Entgegnkommen erwarten, jenseit da sie das Bündnis, etwas zu tun zu bringen, auch bei diesen verhindern müssen. Offenbar werden die bekräftigungsreichen Worte des Abg. Grafen Limburg-Stirum auf die Meinung der Sollnterscharte einflussen, denn der Einfluß seiner Verteidiger war in der Lage, eine Darstellung der tatsächlichen Vorfälle zu geben, die das Urteil als durchaus gerechtfertigt erscheinen ließ."

\*

Über die letzte Generalversammlung des Bundes der Kommandos hat, wie sich jetzt herausstellt, die "Deutsche Tageszeitung" in ganz eigenwilliger Weise berichtet. Während sie nahezu alle Reden, nicht nur der Verteidigten und des Bundesrates, sondern auch zweifelhafter "Anhänger" nach genauerlicher Aufzählung mitteilte, mußte sich Graf Limburg-Stirum mit einem zusammenfassenden Bericht in indirekter Rede begnügen, der im Geiste der Einheit erwidern mußte, der conservativen Führer hätte leichtlich seinen Gabberten der Reden stehn und sie starrer festhalten an ihren von Reichskanzler als unannehmbar bezeichneten Verhandlungen wollen. Dass Sinn und Trost der Rede aber ein ganz anderes war, geht aus ihrem Wortlauten hervor, der der "Kreuzzeit." Anlass zu folgender Ausführung gibt:

"Die Ansprache, die Graf Limburg-Stirum in der Generalversammlung des Bundes der Kommandos gehalten hat, zeigt mit vollem Gewicht, daß die Conservativen auf die Erzielung einer Verständigung mit den verhinderten Regierungen über den Balkan kein Werk laufen. Bedenkt man vor allem die Beurteilung, die der Redner der Thätigkeit des jüngsten Reichsministers in Thiel neuerlich ließ. Die Lage, so lädt er aus, ist jetzt gläubiger als vor 10 Jahren. Damals sei man bereit gewesen, die Handelsfreiheit zu Gunsten der Industrie aufzugeben. Jetzt sei das anders geworden, der jüngste Reichsminister möge mehr den Tendenzen Bismarcks, er habe die Handelsfreiheit für das Rückgrat des Staates erachtet und sei bereit, sie ebenfalls zu erhalten. 'Wie können Ihnen ein besseres Reichsminister haben, und wenn er ginge, würde er sicher nicht durch einen der Kommandos freundlicher gesehen werden.' Nicht minder bedauert war über die Schärzung des Grafen Limburg-Stirums, daß es unter keinen Umständen ein Glück sei, wenn die Sollnterscharte im Reichstag abgelehnt werden würde. Der Redner hoffte zwar unsere Rücksicht, daß, wenn der Handelsmarkt in welcher Weise verhandelt werden soll, die Mindestsätze für Getreide über die in der Vorlage vorgesehenen Höhe hinaus erhöht werden müsse und daß ohne eine derartige Erhöhung die Grundlage einer Verständigung mit den verhinderten Regierungen nicht werden gefunden werden kann. Außerdem aber erklärte er die Schwierigkeiten, die dem Grafen Bölow in der Beurteilung der Sollnterscharte standen. Im Hinblick hierauf stand man wohl festen, daß die Conservativen nicht den Grundsatz billigen, 'Alles oder nichts', daß sie die Notwendigkeit einer Verständigung zunächst mit den in politisch engen Gruppen und dann auch mit den verbündeten Regierungen auszuholen wissen, daß sie doch auch die Wirkung des Maßbaltes bezahlt habe, daß sie aber andererseits auch von den verhinderten Regierungen ein wohlbefolgendes Entgegnkommen erwarten, jenseit da sie das Bündnis, etwas zu tun zu bringen, auch bei diesen verhindern müssen. Offenbar werden die bekräftigungsreichen Worte des Abg. Grafen Limburg-Stirum auf die Meinung der Sollnterscharte einflussen, denn der Einfluß seiner Verteidiger war in der Lage, eine Darstellung der tatsächlichen Vorfälle zu geben, die das Urteil als durchaus gerechtfertigt erscheinen ließ."

\*

Über die letzte Generalversammlung des Bundes der Kommandos hat, wie sich jetzt herausstellt, die "Deutsche Tageszeitung" in ganz eigenwilliger Weise berichtet. Während sie nahezu alle Reden, nicht nur der Verteidigten und des Bundesrates, sondern auch zweifelhafter "Anhänger" nach genauerlicher Aufzählung mitteilte, mußte sich Graf Limburg-Stirum mit einem zusammenfassenden